

## 1.2 Chance öffentliche Investitionen: Wachstumskatalysator für Deutschland

Durch Verschleiß und jahrelange Unterinvestitionen sowie Investitionsbedarfe für die Bewältigung neuer Herausforderungen, wie dem Umbau der Energieversorgung, haben sich in Deutschland große Investitionslücken aufseiten der öffentlichen Hand aufgetan, insbesondere auf Ebene der Kommunen. Staatliche Investitionen können nun ein Katalysator für das Wirtschaftswachstum sein, indem sie die Infrastruktur verbessern und das Produktionspotenzial erhöhen.

Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) ist eine einmalige Chance die öffentlichen Investitionsbedarfe anzugehen und kommt nach einer langen Stagnationsphase auch aus konjunktureller Sicht genau zum richtigen Zeitpunkt. Für seine optimale Nutzung gilt es, die Transparenz über eine integrierte Investitionsberichtserstattung des Sondervermögens und des Kernhaushalts zu erhöhen und die Zusätzlichkeit der Investitionen über eine auch ex post zu erfüllende Investitionsquote zu sichern. Außerdem gilt es, einen schnellen Investitionsabfluss mit einer möglichst effizienten Mittelverwendung auszuüben.

Neben dem Sondervermögen müssen Investitionsmöglichkeiten insbesondere auf kommunaler Ebene gestärkt werden. Dafür sind eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Kommunen sowie der Abbau nicht-finanzieller Hemmnisse wichtig. Maßnahmen wie vereinfachte Förderanträge sowie weniger Dokumentations- und Berichtspflichten reduzieren bürokratische Belastungen und beschleunigen Investitionsprozesse.

### Öffentliche Investitionen – Katalysator für Wirtschaftswachstum

Sie stützen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und erhöhen außerdem das Produktionspotenzial. Durch den Ausbau von Infrastruktur, Bildung und Forschung werden private Investitionen „angestoßen“ (Crowding-in-Effekt) und die gesamtwirtschaftliche Produktivität gesteigert. Außerdem ist die staatliche Infrastruktur ein

wichtiger Faktor im internationalen Standortwettbewerb. Wegweisende Arbeiten unterstreichen die positive Korrelation zwischen dem öffentlichen Kapitalstock und der privaten Profitabilität.<sup>1</sup> Zudem belegen Metaanalysen und länderübergreifende Analysen, dass öffentliche Investitionen und der staatliche Kapitalstock im Regelfall eine signifikante Hebelwirkung (Fiskalmultiplikatoren) für das Bruttoinlandsprodukt haben.<sup>2</sup> Abhängig ist der Wachstumseffekt der öffentlichen Investitionen kurzfristig vor allem vom Auslastungsgrad der Volkswirtschaft und langfristig von der Effizienz der Investitionsprojekte. Im breiten Durchschnitt liegt der Wachstumsmultiplikator für staatliche Investitionen in empirischen Studien bei etwas mehr als 1.<sup>3</sup> Eine aktuelle empirische Studie schätzt auf Basis der Erfahrungen in Deutschland von 1970–2018 sogar einen besonders großen Fiskalmultiplikator von etwa 2, d. h. 1 EUR an zusätzlichen öffentlichen Investitionen hat das BIP im Mittel um etwa 2 EUR erhöht.<sup>4</sup>

### Kommunale Investitionen sind besondere Herausforderung

Die Bruttoinvestitionen der Gebietskörperschaften in Höhe von 77,2 Mrd. EUR im Jahr 2024 verteilen sich zu 38 % auf den Bund, zu 35 % auf die Kommunen und zu einem Viertel auf die Länder.<sup>5</sup> In der historischen Betrachtung zeigt sich diesbezüglich zur Jahrtausendwende ein Bruch: Seitdem gehen die kommunalen Anteile an den Bruttoinvestitionen zurück,<sup>6</sup> wodurch sich vor allem auf kommunaler Ebene erhebliche Investitionslücken aufgetan haben, die die Kommunen aufgrund der aktuellen Defizite nicht allein stemmen können (siehe Kapitel 1.3).

Der Stärkung der kommunalen Investitionen kommt daher eine besondere Rolle zu. Das wird vor allem beim Blick auf die staatlichen Bauinvestitionen deutlich, von denen rund die Hälfte von den Kommunen getragen wird. So waren die Nettobauinvestitionen der Kommunen – also die getätigten Bauinvestitionen minus Abschreibungen – seit der Jahrtausendwende praktisch durchgehend negativ, was von einem

<sup>1</sup> Vgl. Aschauer, D.A. (1989): Is public expenditure productive? Journal of Monetary Economics 23(2), S. 177–200.

<sup>2</sup> Vgl. Bom, P.R.D. und J.E. Ligthart (2014): What Have We Learned From Three Decades Of Research On The Productivity Of Public Capital? Journal of Economic Surveys 28(5), S. 889–916; IMF (2014): Is It Time for an Infrastructure Push? The Macroeconomic Effects of Public Investment, in: World Economic Outlook: Recovery Strengthens, Remains Uneven; IMF (2020): Public Investment for the Recovery, Chapter 2 of Fiscal Monitor October.

<sup>3</sup> Vgl. Gechert, S. und A. Rannenberg (2018): Which Fiscal Multipliers are regime dependent? A meta-regression analysis, Journal of Economic Surveys 32, S. 1160–1182.

<sup>4</sup> Vgl. Clemens, M. et al. (2025): An Estimation and Decomposition of the Government Investment Multiplier, Discussion Papers of DIW Berlin 2106.

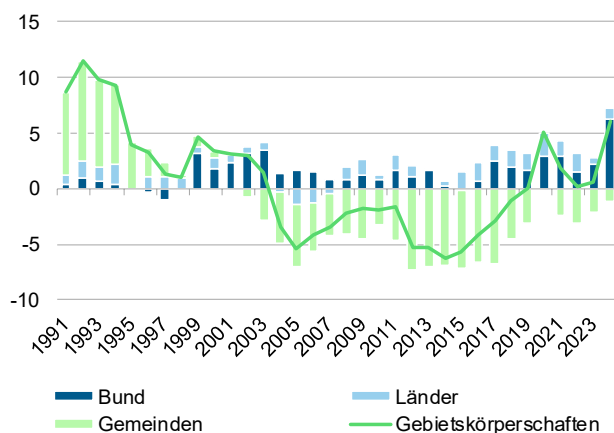
<sup>5</sup> KfW Research auf Basis der Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes.

<sup>6</sup> Vgl. Hesse, M. et al. (2024): Strukturelle Stärkung der kommunalen Investitionsfähigkeit – Teil 1: Die Kommunen im fiskal-föderalen Gebilde. KOMKIS Analyse 24. Im Jahr 2024 wurden laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung 38 % der Bruttoinvestitionen der Gebietskörperschaften vom Bund, 25 % von den Ländern und 35 % von den Kommunen getätigt.

erheblichen Kapitalverzehr auf kommunaler Ebene zeugt (Grafik 1.2.1). Die Nettobauinvestitionen des Gesamtstaates sind indes vor allem dank höherer Investitionen des Bundes seit dem Beginn des laufenden Jahrzehnts wieder ins Positive gedreht. Der Nettokapitalstock des deutschen Staates liegt mit aktuell 48 % (2024) des BIP aber trotz einer Aufwärtstendenz noch deutlich unter den in den 1990er-Jahren erreichten Werten (in der Spitze: 56 % des BIP).<sup>7</sup>

### Grafik 1.2.1: Öffentliche Nettobauinvestitionen

Bruttobauinvestitionen minus Abschreibungen in Mrd. EUR



Quelle: Statistisches Bundesamt, KfW Research.

### Im internationalen Vergleich investiert der deutsche Staat zu wenig<sup>8</sup>

Zwar sind öffentliche Investitionsquoten aufgrund von unterschiedlichen Aufgabenverteilungen zwischen dem Staat und dem Privatsektor nur bedingt vergleichbar.<sup>9</sup> Eine Unterinvestition lässt sich aber auch daran erkennen, dass Deutschland im Standortwettbewerb mit seiner Infrastruktur inzwischen nicht mehr ganz so stark punkten kann wie früher: So hat sich Deutschland beim Infrastrukturindex des IMD World Competitiveness Ranking von Rang 10 (2021) auf Rang 13 (2025) verschlechtert und im IW-Standortranking ist Deutschland im Bereich Infrastruktur sogar von Rang 2 unter 45 Ländern im Jahr 2018 auf Rang 11 im Jahr 2025 zurückgefallen.<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Vgl. Bundesbank (2026): Staatliche Investitionen: neue Kreditspielräume auf Infrastruktur ausrichten, Monatsbericht Januar.

<sup>8</sup> Vgl. ebd.

<sup>9</sup> Vgl. ebd.

<sup>10</sup> Vgl. vbw (2025): Industrielle Standortqualität im internationalen Vergleich; Bähr C. und A. Millack (2018): IW-Standortindex: Deutschland auf Rang 3, IW-Trends 1/2018; IMD (2026): World Competitiveness Ranking - Germany.

<sup>11</sup> Vgl. Raffer, C. et al. (2026): KfW-Kommunalpanel 2026, KfW Research.

<sup>12</sup> Vgl. Brand, S. und D. Römer (2022): Öffentliche Investitionsbedarfe zur Erreichung der Klimaneutralität in Deutschland, Fokus Volkswirtschaft 395, KfW Research.

### Knackpunkt Erneuerung und Umbau der Infrastruktur

Angesichts des Verschleißes der öffentlichen Infrastruktur sowie der Bedarfe für neue Herausforderungen, wie den Umbau der Energieversorgung und die Anpassung an den Klimawandel, haben verschiedene Studien versucht, die gesamte Investitionslücke des deutschen Staates zu quantifizieren: Das KfW-Kommunalpanel – eine jährliche repräsentative Umfrage unter den Kämmerern in deutschen Kommunen – schätzt den wahrgenommenen Investitionsrückstand für das Jahr 2025 allein auf der kommunalen Ebene auf 231 Mrd. EUR. Darunter besonders hoch ist der Investitionsbedarf bei der Schulinfrastruktur sowie in der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur mit 69 bzw. 54 Mrd. EUR.<sup>11</sup>

Dazu kommen weitere Investitionsbedarfe auf neuen Feldern. So werden beispielsweise die Investitionsbedarfe der öffentlichen Hand für die Transformation zur Klimaneutralität bis Mitte des Jahrhunderts auf etwa 500 Mrd. EUR geschätzt.<sup>12,13</sup> Für den Um- und Ausbau der Energieversorgung werden bis 2045 geschätzt 535 Mrd. EUR benötigt, wovon rund 47 Mrd. EUR in Form von Eigenkapital der Energieversorgungsunternehmen (EVUs) aufzubringen sind.<sup>14</sup> Angesichts der schwierigen kommunalen Haushaltslage stellt dies gerade kommunale EVUs vor große Herausforderungen.

In einer gemeinsamen Studie des IMK und IW-Köln von 2024 wird der über die damalige Finanzplanung hinausgehende Investitionsbedarf auf mindestens 600 Mrd. EUR über zehn Jahre beziffert,<sup>15</sup> wobei ein großer Teil (177 Mrd. EUR) auf die im KfW-Kommunalpanel erhobenen kommunalen Investitionsbedarfe zurückgeht.<sup>16</sup> Andere Studien kommen zu Ergebnissen in ähnlichen Größenordnungen. Unter dem Strich kann auf Basis der Studienlage von einem zusätzlichen Bedarf an investiven Ausgaben in Höhe von 400–600 Mrd. EUR oder etwa 40–60 Mrd. EUR jährlich in den nächsten zehn Jahren ausgegangen werden (siehe Kasten am Ende des Kapitels).

<sup>13</sup> Vgl. Brand, S. et al. (2023): Kommunale Klimainvestitionen im Spannungsfeld zwischen steigenden Bedarfen und begrenzten Ressourcen, Fokus Volkswirtschaft 427, KfW Research.

<sup>14</sup> Vgl. Brilon, S. und A. Brüggemann (2025): Finanzierungsbedarf für die regionale Energie- und Wärmewende aus Sicht der Energieversorgungsunternehmen, Fokus Volkswirtschaft 519, KfW Research.

<sup>15</sup> Vgl. Dullien, S. et al. (2024): Herausforderungen für die Schuldenbremse: Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation, IW-Policy Paper 2.

<sup>16</sup> Diese wurden bereinigt, um eine Doppelzählung mit den Bedarfen in speziellen Bereichen wie dem ÖPNV zu vermeiden. Für den ÖPNV wird der Bedarf auf 28,5 Mrd. EUR geschätzt, was ebenfalls auf kommunaler Ebene anfällt.

## Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität eröffnet Handlungsspielräume

Vor dem Hintergrund der großen Investitionsbedarfe ist die mit der Grundgesetzänderung im März 2025 ermöglichte Investitionsausweitung des Bundes zu begrüßen. Über 12 Jahre hinweg stehen im Rahmen des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) insgesamt 500 Mrd. EUR zur Verfügung, was bei einer gleichmäßigen Mittelverteilung etwa 41,7 Mrd. EUR jährlich entspricht. Davon gehen 100 Mrd. EUR an die Bundesländer, die planen, diese Mittel zu etwa 60 % an die Kommunen weiterzureichen.<sup>17</sup> Außerdem fließen 100 Mrd. EUR in den Klima- und Transformationsfonds (KTF). Womöglich handelt es sich bei dem SVIK angesichts der Hürden für eine Grundgesetzänderung um eine einmalige Chance die Investitionslücken anzugehen. Da das Volumen von 500 Mrd. EUR angesichts der geschätzten Investitionsbedarfe aber auch eher knapp bemessen wurde, ist eine effiziente und zielgenaue Mittelverwendung wichtig.

### Handlungsempfehlungen

 **Für eine maximal effiziente und zielgenaue Verwendung des SVIK ist zunächst eine höhere Transparenz zu erreichen.** Hierfür ist vor allem eine integrierte Berichterstattung über die im Kernhaushalt und den im Sondervermögen geplanten – und getätigten – Ausgaben notwendig. Während im Kernhaushalt vorgesehene Ausgaben gut nachvollziehbar entlang einer Funktionen- oder Gruppierungsübersicht eingesehen werden können, ist das mit den Mitteln aus dem Sondervermögen nicht möglich. Eine integrierte Übersicht der (Investitions-)Ausgaben aus allen Töpfen des Bundes ist jedoch wichtig, um die Prioritäten der Politik nachvollziehbar zu machen und somit potenziell auch die Steuerung zu verbessern.<sup>18</sup>

 **Zukünftig sollte auch ex-post eine Investitionsquote von 10 % im Kernhaushalt nachgehalten werden,** um die Zusätzlichkeit der mit dem Sondervermögen finanzierten Investitionen zu gewährleisten. Im Errichtungsgesetz des SVIK wird derzeit eine Investitionsquote von 10 % bei der Aufstellung des Kernhaushalts eingefordert. Zwar ist diese Quote

wenig ambitioniert, da sie etwa im Jahr 2024 übertroffen wurde, aber grundsätzlich ist ein solcher Ansatz ökonomisch nachvollziehbar. Wichtig wäre allerdings, dass die Quote nicht nur in der Planung, sondern auch im Haushaltsvollzug eingehalten werden muss.



**Ein klarer Fokus des SVIK auf Infrastruktur, Klimaschutz oder besonders wachstumsfördernde Investitionszuschüsse ist zielführend.** Gefordert wird bisweilen eine ausschließliche Ausrichtung des SVIK auf Infrastrukturinvestitionen im engen Sinne, während der Bund sich bisher auf die breite Definition von investiven Ausgaben im Haushaltsrecht stützt, die etwa auch Investitionszuschüsse an den Privatsektor beinhaltet.<sup>19</sup> Wir schließen uns dieser Forderung nur teilweise an. Zwar erzeugen die im etablierten Investitionsbegriff inkludierten Ausgaben zum Teil keine Infrastruktur, aber ähnliche Ausgaben werden auch in den oben aufgeführten Investitionsbedarfsstudien aufgeführt, um Ziele wie die Dekarbonisierung der Volkswirtschaft bei gleichzeitiger Bewahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Außerdem können bestimmte Investitionszuschüsse, etwa im Bereich der Forschungsförderung, das Wachstumspotenzial durchaus erhöhen.



**Des Weiteren gilt es, die konjunkturelle Stabilisierungsfunktion erhöhter Investitionen zu nutzen** und gleichzeitig die Effizienz der getätigten Ausgaben zu wahren. Konjunkturell kommt das Sondervermögen genau zum richtigen Zeitpunkt, denn der Auslastungsgrad der deutschen Volkswirtschaft ist nach einer langen Stagnations- und Rezessionsphase insgesamt niedrig, was den Output-Effekt der Investitionen erhöht. Allerdings unterscheidet sich der Auslastungsgrad erheblich zwischen den Branchen: Im Hochbau beispielsweise ist er außergewöhnlich niedrig, während der Tiefbau leicht überdurchschnittlich ausgelastet ist. Daher sollten etwa Hochbauinvestitionen, wie Schulsanierungen, aktuell schnell angestoßen werden. In stark ausgelasteten Bereichen ist dagegen eine längere zeitliche Streckung der Investitionsausgaben sinnvoll, um preistreibende Effekte zu vermeiden.

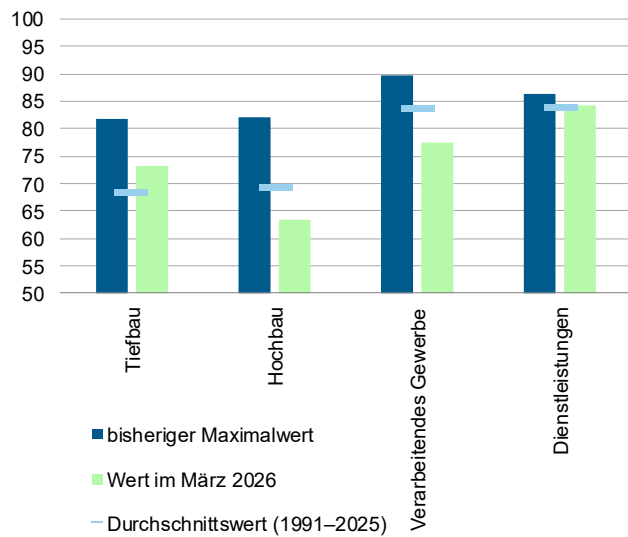
<sup>17</sup> Vgl. Blesse, S. und M. Hesse (2026): Kommt das Geld bei den Kommunen an? Ländervereinbarungen zur Nutzung des kommunalen Arms des Sondervermögens, ifo Schnelldienst 4/2026, S. 22–27.

<sup>18</sup> Vgl. Bofinger, P. (2025): Prinzipien zukunftsorientierter Finanzpolitik. Heinrich Böll Stiftung.

<sup>19</sup> Vgl. Bundesbank (2026): Staatliche Investitionen: neue Kreditspielräume auf Infrastruktur ausrichten. Monatsbericht Januar.

## Grafik 1.2.2: Kapazitätsauslastung der Unternehmen

Kapazitätsauslastung in Prozent, saisonbereinigt



Quelle: ifo Konjunkturumfrage.

**Die von der Bundesregierung angestoßene Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist zu begrüßen.** Sie ermöglicht, gerade in den aktuell unterausgelasteten Bereichen schnell Investitionsprojekte anstoßen zu können. In anderen Bereichen kann jedoch auch ein Zielkonflikt zwischen einem schnellen Mittelabfluss und einer effizienten, zielgenauen Mittelverwendung bestehen, der im Zweifel eher zu Gunsten von letzterem gelöst werden sollte.

**Auf EU-Ebene sollte sich die Bundesregierung auch weiterhin dafür einsetzen, die Bürokratiekosten bei Vergabeprozessen und Beihilferegulungen zu reduzieren,** etwa durch die Nutzung von Pauschalfreistellungen im Klima- oder sozialen Bereich. Beispielsweise wäre zielführend, dass die geplante Reform der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung nach ihrem Beschluss zügig in nationales Recht umgesetzt wird.<sup>20</sup>

**Es gilt außerdem, das Universum kommunaler Förderprogramme von EU, Bund und Ländern zu entschlacken.** Die Erfahrung auf kommunaler Ebene zeigt, dass der hohe administrative Aufwand für Beantragung, Dokumentations- und Berichtspflichten im Zusammenhang mit Fördermitteln und langwierige

Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren personelle Kapazitäten in den Verwaltungen binden und die Umsetzung von Investitionsprojekten verzögern (vgl. Grafik 1.3.4 in Kapitel öffentliche Finanzen).<sup>21</sup> Sinnvolle Maßnahmen in diesem Zusammenhang wären eine Vereinfachung der Antragsstellung, transparentere und verständlichere Förderrichtlinien, höhere Flexibilität bei der Mittelverwendung (z. B. in Bezug auf den Baubeginn) sowie vereinfachte Nachweispflichten bei der Abrechnung.<sup>22</sup>

**Bei größeren Investitionsprojekten können öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) helfen,** einige spezielle Hemmnisse zu verringern. Im Idealfall sind ÖPP besser darin, Zeit- und Kostenvorgaben für Projekte einzuhalten, als mit herkömmlicher öffentlicher Beschaffung.<sup>23</sup> Voraussetzung dafür ist jedoch entsprechendes Knowhow auf kommunaler Seite.<sup>24</sup> Hier könnten neue und erweiterte Beratungs- und Unterstützungsangebote der Länder zum Thema weiterhelfen und so auch den Wissenstransfer zwischen Gemeinden stützen.

**Eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung im Rahmen der Föderalen Modernisierungsagenda** kann die Verwaltung insgesamt effizienter machen und so langfristig zu Entlastungen führen. Dabei ist es wichtig, die Kommunen bei der Umsetzung zu unterstützen, da es gerade in kleineren Kommunen an finanziellen Mitteln und Fachpersonal fehlt. Aus Effizienzgründen erscheint es sinnvoll, bei der Digitalisierungsinfrastruktur auf Standardisierung über die föderalen Ebenen hinweg zu setzen, etwa bei Datenschnittstellen und der Cloudarchitektur (z. B. Deutschland-Stack). „Einer-für-Alle“-Ansätze in Verbindung mit Open-Source-Lösungen versprechen ebenfalls eine Effizienzsteigerung und das Vermeiden von Dopplungen.

Möglichkeiten, regionalspezifische Verwaltungsprozesse bestmöglich abzubilden, sind hierfür auch die interkommunale Zusammenarbeit und kommunale Multiplikatoren, beispielsweise in Form von Modellkommunen. Im Übrigen würde das Voranschreiten bei der Digitalisierung auch den Personalmangel in den Verwaltungen adressieren.

<sup>20</sup> Vgl. EU-Kommission (2026): Staatliche Beihilfen: Konsultation zum Entwurf der neu gefassten Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung, Pressemitteilung 25.02.2026.

<sup>21</sup> Vgl. Raffer, C. et al. (2025): KfW-Kommunalpanel 2025; Blesse, S. et al. (2026): Was öffentliche Förderprogramme praktikabel macht – 10 Kriterien aus der Perspektive kommunaler Kämmerer, ifo-Schnelldienst 02/2026.

<sup>22</sup> Vgl. Blesse, S. et al. (2026): Was öffentliche Förderprogramme praktikabel macht – 10 Kriterien aus der Perspektive kommunaler Kämmerer, ifo Schnelldienst 02/2026.

<sup>23</sup> Vgl. Auriol, E. und S. Saussier (2025): Private Participation in Infrastructure: What role for public-private partnerships? CEPR Press; Brilon, S. et al. (2025): Können private Partner helfen, den kommunalen Investitionsrückstand abzubauen? Fokus Volkswirtschaft 524, KfW Research.

<sup>24</sup> Die Komplexität der Vertragsgestaltung ist aus kommunaler Sicht der wichtigste Grund, der gegen die Nutzung von ÖPP spricht. Vgl. Botta, F. et al. (2025): Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen durch ÖPP in der kommunalen Praxis, KOWID.





**Neben der Digitalisierung sind Verbesserungen der finanziellen Ausstattung der Kommunen erforderlich**, um dem sich perspektivisch verschärfenden Personalmangel entgegenzuwirken und qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten (vgl. Kapitel 1.3). Da rund ein Viertel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand eintreten wird, wird sich die Personalsituation weiter zuspitzen. Reformen wie die Änderung der VKA-Richtlinie von 2023<sup>25</sup> stellen hierfür einen wichtigen Schritt hin zu flexibleren Personalgewinnungsmöglichkeiten dar, werden in ihrer Umsetzung jedoch vielerorts durch die angespannte Haushaltslage begrenzt.

#### Schätzungen öffentlicher Investitionsbedarfe

In einer gemeinsamen Studie des IMK und IW-Köln von 2024 wird der über die damalige Finanzplanung hinausgehende öffentliche Investitionsbedarf auf mindestens rund 600 Mrd. EUR über zehn Jahre beziffert, wobei ein großer Teil (177,2 Mrd. EUR) auf die im KfW-Kommunalpanel erhobenen kommunalen Investitionsbedarfe zurückgeht.<sup>26</sup>

Eine ähnliche Studie des BDI quantifiziert die zusätzlichen staatlichen Ausgabenbedarfe für die Infrastruktur, Transformation und Resilienz der deutschen

Volkswirtschaft in den Jahren 2025 bis 2035 auf knapp 400 Mrd. EUR (375–395 Mrd. EUR), wobei es sich bei drei Vierteln dieser Ausgaben um klassische Infrastrukturinvestitionen in den Feldern Verkehrswege und Gebäude handelt und etwa ein Viertel eher als Subventionen oder Investitionszuschüsse an den Privatsektor verbucht werden.<sup>27</sup> Hinzu kommen kommunale Investitionsbedarfe, die in der BDI-Studie nur zum Teil berücksichtigt sind.

Den gesamten zusätzlichen Finanzbedarf des deutschen Staates in der Zeit von 2025 bis 2030 schätzt der Think-Tank „Dezernat Zukunft“ auf bis zu 782 Mrd. EUR in 12 Handlungsfeldern wie Verkehr, Dekarbonisierung und Bildung.<sup>28</sup> Dabei sind neben den Infrastrukturinvestitionen auch die Betriebskosten der Investitionen beinhaltet sowie Verteidigungsausgaben. Zieht man Verteidigungsausgaben ab und fokussiert sich nur auf die eindeutig als öffentliche Investitionen kategorisierten Ausgaben, kommt die Dezernat-Studie auf einen Investitionsbedarf von 366 Mrd. EUR, der allerdings schon bis 2030 anfällt. Unter dem Strich steht ein substanzieller staatlicher Investitionsbedarf in den nächsten Jahren, wenn gleich die exakte Höhe der Bedarfe aufgrund der bedingten Vergleichbarkeit der Abschätzungen naturgemäß unsicher bleibt.

<sup>25</sup> Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (2023): Richtlinie der VKA zur Gewinnung und zur Bindung von Fachkräften (Fachkräfte-RL).

<sup>26</sup> Vgl. Dullien, S. et al. (2024): Herausforderungen für die Schuldenbremse: Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation, IW-Policy Paper.

<sup>27</sup> Vgl. Deutsch, K.G. et al. (2024): Standort D mit Investitionen stärken, BDI.

<sup>28</sup> Vgl. Heilmann, F. et al. (2024): Was kostet eine sichere, lebenswerte und nachhaltige Zukunft? Öffentliche Finanzbedarfe für die Modernisierung Deutschlands, Dezernat Zukunft.